Rüdiger Bachmann über Trumps Wirtschaftspolitik: „Unsicherheit kostet Wachstum“

Rüdiger Bachmann, Professor für Volkswirtschaftslehre an der University of Michigan, analysiert beim Lupus alpha Investment Fokus 2027 die wirtschaftlichen Folgen politischer Unsicherheit. Nicht nur schlechte Aussichten, sondern auch fehlende Planungssicherheit würden Investitionen und Wachstum bremsen.

Eneida Beshaj · 13.11.2026



Politische Unsicherheit ist nicht bloß ein Stimmungstief oder Ausdruck von Pessimismus. Sie wirkt unmittelbar auf wirtschaftliche Entscheidungen und kann selbst dann zunehmen, wenn sich die Erwartungen an die Konjunktur nicht grundsätzlich verschlechtern, erklärt Rüdiger Bachmann, Professor für Volkswirtschaftslehre an der University of Michigan beim *Lupus alpha Investment Fokus 2027* deutlich. Unternehmen, die nicht wissen, wie sich das wirtschaftliche Umfeld entwickelt, verschieben Investitionen und Neueinstellungen. Auch Verbraucher halten sich bei größeren Anschaffungen zurück. Gleichzeitig können höhere Unsicherheiten die Risikoprämien steigen lassen und damit die Finanzierung verteuern. „Unsicherheit ist mehr als einfach nur statistische Volatilität“, erklärt Bachmann. Sie könne auch dann vorhanden sein, wenn sich scheinbar zunächst gar nichts verändere.

Für die Forschung sei deshalb entscheidend, zwischen Erwartungen und Unsicherheit zu unterscheiden. Ein Unternehmen kann optimistisch auf seine Umsatzentwicklung blicken und dennoch nicht wissen, wie wahrscheinlich dieses Szenario ist. Wie stark dieser Effekt ist, zeigen Untersuchungen auf Basis von Unternehmensdaten des Münchner Ifo-Instituts. Bachmann verwies auf die Zeit vor der Corona-Pandemie;

Unternehmen mit pessimistischen Umsatzerwartungen planten häufiger einen Beschäftigungsabbau. Doch selbst innerhalb der Gruppe mit vergleichbaren Erwartungen machte zusätzliche Unsicherheit einen Unterschied, sie erhöhte die Wahrscheinlichkeit, Arbeitsplätze abzubauen.

Die beiden Faktoren wirken demnach unabhängig voneinander. Nicht nur die erwartete Geschäftsentwicklung, sondern auch die Unklarheit über deren Verlauf beeinflusst unternehmerische Entscheidungen. Auch wirtschaftspolitische Unsicherheit lässt sich messen. Ein Ansatz zählt Medienberichte, in denen wirtschaftliche und politische Unsicherheit thematisiert wird. Solche Indizes zeigen, wie stark sich die Unsicherheit in einzelnen Politikfeldern verändert. Bachmann zufolge ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit während der Trump-Administration besonders ausgeprägt gewesen. Die Werte hätten zeitweise sogar historische Spitzen übertroffen, die etwa im Zusammenhang mit dem Irakkrieg erreicht worden seien. Auch die handelspolitische Unsicherheit sei durch die Zollpolitik massiv gestiegen und weiterhin erhöht.

Trumps Politik belastet die US-Wirtschaft

Die Folgen seien inzwischen in der Realwirtschaft sichtbar. Bachmann verwies auf steigende Renditen von US-Staatsanleihen und wieder höhere Hypothekenzinsen. Die Finanzierungskosten belasteten den Wohnungsbau und Investitionen. Auch die erhoffte Reindustrialisierung durch Zölle lasse sich bislang nicht überzeugend erkennen. Der Beschäftigungsabbau im verarbeitenden Gewerbe habe sich nach Einführung der hohen Zölle zunächst beschleunigt. Erst nachdem der Oberste Gerichtshof einen Teil der Maßnahmen untersagt hatte, sei eine leichte Erholung zu beobachten gewesen. Zugleich zeichne sich eine zunehmend gespaltene US-Wirtschaft ab. Während die Produktivität großer Technologiekonzerne deutlich zulege, stagniere sie bei vielen übrigen Unternehmen. Das Wachstum komme zudem bei den Konsumenten nur begrenzt an. Die Verbraucherstimmung liege nahe historischer Tiefstände, Inflationserwartungen und Finanzierungskosten blieben hoch.

Die USA wachsen zwar weiterhin, doch die Dynamik sei Bachmann zufolge zunehmend ungleich verteilt. Für Anleger sei es deshalb wichtig, nicht allein auf Börsenkurse oder Konsumentenvertrauen zu schauen, sondern auch auf Investitionspläne und die Entwicklung der breiteren Realwirtschaft. Maßnahmen wirken laut Bachmann besonders dann, wenn sie Risiken reduzieren und für die Menschen nachvollziehbar sind. In der Corona-Krise hätten etwa Hilfen, die das Arbeitslosigkeitsrisiko abfederten, den Konsum stärker stimuliert als pauschale Zahlungen.

Entscheidend sei, dass Menschen und Unternehmen verstehen, worauf sie sich verlassen können. „In Zeiten von unsicherer Politik ist es gut, wenn die Politik laut und verständlich ist“, so Bachmanns zentrale Botschaft. Mit Blick auf Deutschland und Europa sieht er allerdings Defizite bei der Glaubwürdigkeit wirtschaftspolitischer

Vorhaben. Wiederkehrende Ankündigungen und Verschiebungen erschwerten es, Vertrauen in Reformen aufzubauen. Notwendig seien eine Vertiefung des europäischen Binnenmarktes, ein leistungsfähigerer Kapitalmarkt und bessere Bedingungen für Start-ups.

Trotz der Herausforderungen sieht Bachmann für Europa Wachstumsmöglichkeiten, insbesondere bei der Anwendung KI in der Industrie. Deutschland verfüge weiterhin über ein leistungsfähiges verarbeitendes Gewerbe und umfangreiche Daten aus industriellen Prozessen. Gerade im Geschäft zwischen Unternehmen könne Europa damit einen Vorteil gegenüber den USA haben. KI, Robotik und Medizintechnik seien Bereiche, in denen europäische Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben könnten. Voraussetzung sei allerdings, dass sie sich schnell auf die technologischen Veränderungen einstellten. Zudem müsse Europa stärker nach innen liberalisieren und Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten abbauen. Bachmann verwies auf Kanada, das angesichts des Handelskonflikts mit den USA zunächst eigene Binnenhandelsbarrieren reduziert habe. Auch die EU müsse den eigenen Markt konsequenter zusammenführen und zugleich neue Partnerschaften mit verlässlichen Handelspartnern aufbauen.